Großinsolvenzen in Deutschland, Starker Mitgliederzuwachs bei Ver.di, Rente mit 70?

Großinsolvenzen in Deutschland

Nach einer Studie des Kreditversicherers Allianz Trade kommt es in der deutschen Wirtschaft mehr und mehr zu großen Pleitefällen. Besonders viele große Pleiten habe es im Jahresverlauf im Mode-Einzelhandel, bisherigen Krankenhäusern und im Maschinenbau Als gegeben. Großinsolvenzen definiert Allianz Trade Pleiten Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 50 Millionen Euro. Die Zahl der großen Pleiten in Deutschland nimmt der Studie zufolge mit bereits 45 Fällen in den ersten neun Monaten 2023 Kurs auf das Rekord-Niveau von 2020. Zum Vergleich: 2022 seien es mit 26 großen Insolvenzen ein gutes Drittel weniger gewesen und 2021 habe es lediglich 17 solcher Pleitefälle gegeben. Eine schwierige Zeit prognostiziert der Allianz-Trade-Chef für den deutschsprachigen Raum, Milo Bogaerts, dem Handel für anstehende auch das Weihnachtsgeschäft. (Manager Magazin)

Starker Mitgliederzuwachs bei Ver.di

In diesem Jahr (2023) hat die Gewerkschaft Ver.di so viele neue Mitglieder gewonnen wie noch nie seit ihrer Gründung 2001. Das sagte der Vorsitzende Frank Werneke der "Neuen Osnabrücker Zeitung" vom Montag (27.11.2023). Insgesamt habe es vergleichbare Zahlen auf der Seite der Gewerkschaften zuletzt in den Achtzigerjahren gegeben. Ver.di verzeichnete nach vorläufigen Berechnungen vor allem Eintritte in den Bereichen öffentlicher Dienst, Handel und Post. Endgültige

Daten werden im Januar 2024 veröffentlicht. Derzeit vertritt Ver.di nach eigenen Angaben rund zwei Millionen Beschäftigte. Mehr dazu <u>hier</u>. (<u>Spiegel Online</u>)

Rente mit 70?

In Deutschland werden die Menschen immer älter. Damit verbunden sollte das Rentenalter auch möglicherweise angehoben werden? Die Debatte über die Lebensarbeitszeit und die Bezahlbarkeit der Rente hat ein Vorschlag Wirtschaftsweisen wiederbelebt. Das Rentenalter sollte die Lebenserwartung steigen, gekoppelt a n Wirtschaftsexperten. Ein Jahr länger leben soll zur Folge haben, dass man acht Monate länger arbeitet. Konkret bedeutet das: 2051 gäbe es die Rente ab 68. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wies den Vorschlag allerdings umgehend zurück. Mehr dazu hier. (Der Tagesspiegel)